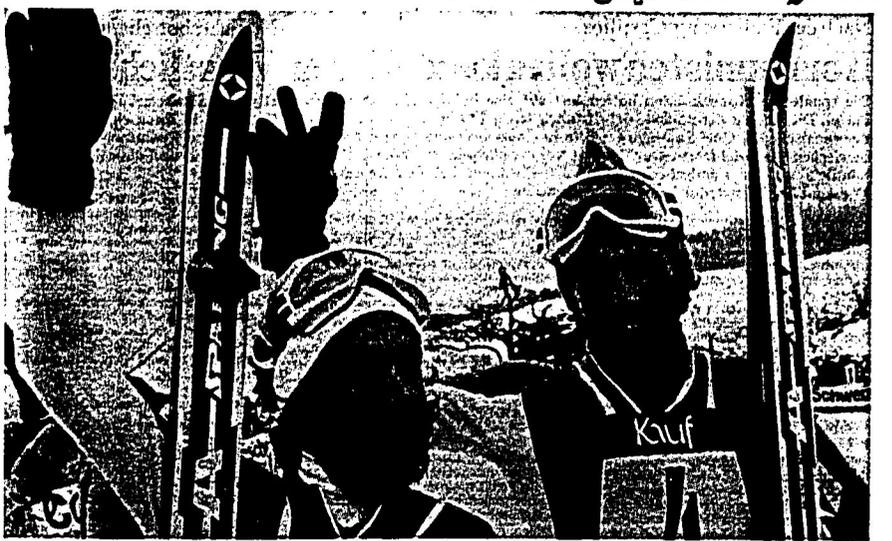


# Luzerner Tagblatt



Weltcup-Siegerbild - ein Familienbild!

Zum Familienbild wurde das Siegerbild beim ersten Weltcup-Riesenslalom von Ebnar-Kappel, bei dem die gesamte Weltelite am Start war: Olympiasieger Heini Hemmi (27, links) siegte vor Bruder Christian (22, rechts). Wie die ausländische Konkurrenz reagierte oder weshalb SSV-Koordinator Hans Jäger den vierzehlnten Handstand machen muss, lesen Sie im Sportteil.

### Ohne grosse Erwartungen

Die Neujahrswünsche zahlreicher Staatsmänner und Regierungen waren diesmal der Wirtschaftslage in der Welt und in ihren eigenen Ländern gewidmet. Dabei äusserten sich die meisten ohne allzu grosse Erwartungen zu diesem Problembereich.

### Am Rande...

Das Volk sei heute überfordert und es müssten Mittel und Wege gesucht werden, die Volksrechte zu konzentrieren, sagte Ex-Bundespräsident Rudolf Gnägi am Jahresende. Es seien gewisse Reformen im Parlament erforderlich, da «wir uns am Rande des Tragbaren befinden». Bundesrat Gnägi äusserte sich auch zur KSZE. Schweiz Seite 3

### Tod in der Neujahrnacht

Ein türkisches Ehepaar wurde in seiner Wohnung in Zollikon erschossen aufgefunden. Gemeldet wurde die grausige Tat vom 21jährigen Sohn des Ehepaares, der inzwischen verhaftet wurde, jedoch hartnäckig bestreitet, den Mord begangen zu haben. Bisher nicht gefunden wurde die Tatwaffe mit einer 15 Zentimeter langen Klinge, nach der Intensiv gesucht wird. Extra Seite 4

### Eiskalt...

Ja, eiskalt war das Wasser der Reuss in Luzern, als zehn mutige Schwimmer der Lebensrettungs-Gesellschaft zu ihrem Silvesterplausch antraten. Unter den bewundernden Blicken vieler Schaulustiger sprangen sie ins silvester-kalte Nass. Anschliessend gab's ein Glas Champagner - im Wasser natürlich... Stadt Luzern Seite 7

### Chinderhus Kriens

Der Gemeinnützige Frauenverein Kriens führt in der Villa Bellpark in Kriens einen kleinen Kinderhort, wo Eltern ihre Kinder unter der Woche in Obhut geben können. Diese Dienstleistung, die nur wenigen Kriensern bekannt ist, hat sich für die Zukunft neue Aufgaben gestellt. Rund um Seite 8

### Kehrichtproblem

140 000 Einwohner sollen ihren Kehricht dem Gemeindeverband Luzern-Bern anvertrauen können. Noch sind aber nicht alle Gemeinden beigetreten. Es gibt noch Luzerner Gemeinden, welche ihre wilden Kehrichthalde weiter betreiben wollen. Die Deponie Ufhusen dürfte im Oktober 1977 betriebsbereit sein. Kanton Luzern Seite 9

### Spitalerweiterung

Der Obwaldner Regierungsrat schlägt Parlament und Landsgemeinde die Erstellung eines Ergänzungsbau zum Kantonsspital vor. Der Bau wird für die Physiotherapie, die Labors und für die Tankräume Verwendung finden. Die Kosten sind auf 620 000 Franken berechnet worden. Weiter soll im Kantonsspital in Sarnen eine neue Telefonanlage installiert werden. Dafür wird dem Parlament ein Kredit beantragt. Innerschweiz Seite 18

### Im allgemeinen stark bewölkt, teilweise Schnee bis in die Niederungen. Ausführl. Wetterbericht auf Seite L&L.

### Fünf Tote nach Frontalkollision Schrecklicher Unfall

«da. Ein schwerer Verkehrsunfall, der sich am Silvester nachmittag zwischen Gsteig und Feuteroey in der Nähe von Gstaad ereignete, hat fünf Todesopfer, darunter zwei Kinder, gefordert. Zwei Personenwagen waren in einer Kurve frontal zusammengestoßen. Während vier der insgesamt fünf Insassen auf der Stelle tot waren, erlag ein dreijähriges Kind am Sonntag im Insepsital in Bern seinen schweren Verletzungen. Nach Angaben der Polizei herrschten zur Zeit des Unfalls keine besonders problematischen Strassenverhältnisse. Bei den Opfern im ersten Auto handelt es sich um Helmut Scewer, Jahrgang 1955, wohnhaft gewesen in Gsteig, und den 9jährigen David Devresse, belgischer Staatsangehöriger, aus Brüssel. Im zweiten Wagen sass das Ehepaar Jean-François und Georgette Budry, Jahrgang 1943 bzw. 1945, aus Bière VD, mit seinem Sohn José.

### Puerto Rico als US-Bundesstaat? Volk soll entscheiden

(ddp) Der gewählte amerikanische Präsident Jimmy Carter will die Umwandlung Puerto Ricos in einen amerikanischen Bundesstaat von der Zustimmung der Bevölkerung der Antillen-Insel abhängig machen. Carter verwies in seinem Heimatort Plains darauf, dass er schon im Wahlkampf erklärt habe, eine Initiative Washingtons in dieser Frage sollte erst dann ergriffen werden, wenn die Bevölkerung Puerto Ricos ihre Meinung geäußert habe. Carter nahm damit zu dem Vorschlag des amtierenden Präsidenten Gerald Ford Stellung, der angekündigt hatte, er wolle dem Kongress die Umwandlung des bisherigen «Commonwealth»-Status von Puerto Rico vorschlagen und die Insel zum 51. Bundesstaat der Vereinigten Staaten machen. 1967 hatte sich die Bevölkerung der Insel für die Beibehaltung des gegenwärtigen Status ausgesprochen.

### Italien 500 000 mehr Arbeitslose?

(ddp). In diesem Jahr wird die Zahl der Arbeitslosen in Italien möglicherweise um 500 000 bis 600 000 über der des Jahres 1976 liegen. Diese Prognose stellte der christdemokratische Industrieminister Carlo Donat-Cattin in der Sonntagsausgabe der Turiner Tageszeitung «Gazzetta del Popolo». Donat-Cattin stützt sich bei dieser Voraussage auf Schätzungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) über die Aussichten in Italien. Er forderte eine Aufgabe der Deflationspolitik und Export- sowie Investitionsanreize zum Schutz der Arbeitsplätze.

### Mordaffäre de Broglie Neue Fragezeichen

Die Mordaffäre de Broglie in Paris, die fünf Tage nach der kalthütigen Ermordung des Fürsten und Politikers Jean de Broglie geklärt zu sein schien, setzte am Wochenende neue Fragezeichen über die wirklichen Drahtzieher.

Was am Mittwoch nach Polizeiangaben noch eindeutig klar war, nämlich dass der Mord am Abgeordneten von seinen beiden Geschäftspartnern und Rechtsberatern Pierre de Varga und Patrick Allenet de Ribemont aus finanziellen Gründen angezettelt worden war, schien zumindest teilweise wieder in Frage gestellt.

### Weitere Hintermänner?

Der vom Untersuchungsrichter der Beteiligung an vorsätzlichem Mord beschuldigte Polizist Guy Simoné erklärte vor dem Richter: «Ich habe das Unternehmen für Varga organisiert, der mir gegenüber behauptete, dass er nicht auf eigene Rechnung handle.» Gleichzeitig wurde bekannt, dass Simoné selbst im vergangenen April vom wohlhabenden Fürsten 120 000 Francs zum Kauf einer Eigentumswohnung geliehen hatte, die bis Juli 1977 zurückgezahlt werden sollte.

Auch die Tochter de Vargus, Pascale, und die Witwe des Ermordeten äusserten Zweifel an der angeblich zu einfachen Version vom Mord zur Tilgung eines 4-Millionen-Francs-Kredits, den der Fürst zugunsten seiner Geschäftsfreunde und zum Kauf eines Restaurants aufgenommen hatte.

De Varga und Allenet de Ribemont ih-

### Sadats Konföderationsvorschlag findet vorsichtige Zustimmung Araber drängen auf Nahost-Lösung

Nach dem längeren Stillstand in den Bemühungen um eine Regelung des Nahost-Konflikts scheinen die politischen Fronten in jener Region zu Beginn des neuen Jahres in Bewegung zu geraten. Der Vorschlag des ägyptischen Präsidenten Anwar el Sadat zur Gründung einer Konföderation zwischen Jordanien und einem palästinensischen Staat ist bei den Bürgermeistern des israelisch besetzten Westjordanlandes und beim israelischen Aussenminister Allon auf vorsichtige Zustimmung gestossen.

(ddp) Die arabischen Länder verstärken ihr Drängen auf eine baldige Wiedereinberufung der Genfer Nahost-Friedenskonferenz. Die ägyptische Nachrichtenagentur Mena hat für Januar eine Konferenz der Aussen- und Verteidigungsminister Ägyptens, Syriens, Saudi-Arabiens, Kuweits, der Vereinigten Arabischen Emirate und Katars angekündigt. Die Minister sollen laut Mena über Möglichkeiten «zur konkreten und militärischen Unterstützung der unmittelbar mit Israel konfrontierten Staaten sowie die politischen Vorstöße und diplomatischen Initiativen der nächsten Etappen beraten. Die Kairoer Wochenzeitung «Rose el Youssef» berichtete am Sonntag, der ägyptische Staatspräsident Anwar Sadat wolle im kommenden Frühjahr in der Bundesrepublik mit dem neuen US-Präsidenten Jimmy Carter zusammentreffen. In Damaskus soll am 11. Januar erneut der Zentralrat der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zusammentreten.

Ein am Donnerstag von der US-Zeitung «Washington Post» veröffentlichter Vorschlag Sadats, Jordanien und ein künftiger palästinensischer Staat könnten eine Konföderation bilden, ist vom Generaldirektor des israelischen Aussenministeriums, Chlomo Avineri, als ein möglicher erster Schritt zu einem gegenseitigen Verständnis gewertet worden.

Avineri vertrat die Ansicht, Sadat habe sich mit seinem Vorschlag von der Ergebnisse der arabischen Gipfelkonferenz von Rabat distanziert, wo die arabischen Länder der PLO als Staat anerkannt und ihr das Recht auf ein eigenes Land zugesprochen hatten. Der Generaldirektor sagte am Samstag, Sadat habe «begriffen», dass sich Israel kategorisch gegen die Errichtung eines palästinensischen Staates zwischen Israel und Jordanien in dem seit 1967 israelisch besetzten West-Jordanien, einem Teil des früheren Palästina, wehre. Avineri fuhr fort, es müsse abgewartet werden, wie ernst Sadats Vorschlag gemeint sei und ob

auf dieser Grundlage ein Abkommen erreicht werden könne.

Die von Mena angekündigte Aussen- und Verteidigungsministerkonferenz vereint die beiden direkt mit Israel konfrontierten und militärisch stärksten Araberländer Ägypten und Syrien mit den wohlhabenden Erdölländern, auf deren finanzielle und politische Unterstützung sich angewiesen sind. Sadat und Syriens Staatschef Hafis Assad beschlossen kürzlich in Kairo, sich vereint um die Wiederaufnahme der Genfer Nahostkonferenz in aller nächster Zeit zu bemühen.

Der PLO-Zentralrat wird sich in Damaskus weiter mit der Vorbereitung der für Februar angekündigten Tagung des Nationalrats, des palästinensischen Exilparlamentes, befassen, wie in der syrischen Hauptstadt offiziell bekanntgegeben wurde. Dazu gehört die Erhöhung der Zahl der Nationalratsmitglieder, die bei der letzten Tagung des PLO-Exekutivkomitees und des Zentralrats Mitte Dezember beschlossen worden war. Es gilt als möglich, dass bei der Nationalratsitzung die Bildung einer palästinensischen Exilregierung beschlossen wird.

## Der Tagblatt-Kommentar

Alle neun Departemente der Luzerner Kantonsverwaltung und selbst einzelne Aemter sind einer gesamtschweizerischen Organisation angeschlossen. Letztes Jahr sind nach den Forst- und Landwirtschaftsämtern auch die Zivilschutzler dem Trend gefolgt, auf interkantonaler Ebene eine Vereinigung zu gründen und den eidgenössischen Schulterschluss zu suchen, ohne gerade zur Bundesverwaltung zu werden. Diese Einrichtung der Vorsteherkonferenzen entspricht offenbar dem Bedürfnis, Erfahrungen und Planungs-

den betroffenen kantonalen Verwaltungen umhergerissen, gerade gut genug, überfahrene Volksvertreter zum Interpellieren zu bewegen. In einer wachsenden Zahl gewichtiger Botensachen greift der Luzerner Regierungsrat Aussagen zurück, die diesem oder jenem Winkel des Schattenbundes, wie man ihn nennen mag, entspringen war.

Meistens bleibt dem Bürger der Zugang zu solcher Rechtsinformation verwehrt. Damit steht die Öffentlichkeit vor dem für Demokraten höchst unangenehmen Gefühl, dass irgendwo zwischen eidgenössischer und kantonalen Rechtssetzung ein Zwitterding von Entscheidungspraxis entstanden ist, das den Ueberblick erschwert. Hier treffen sich unsere Vorbehalte mit jener Kritik, die Barbara Schellenberg in ihrer lehrreichen Arbeit über die Organisation der Zweckverbände geäußert hat. Wohl hielt sie in ihrer rechtswissenschaftlichen Abhandlung den Zweckverband als «das vielseitigste öffentlich-rechtliche Instrument der interkommunalen Zusammenarbeit». Hingegen stösst sie sich an der beängstigenden Unüberschaubarkeit dieser interkommunalen Rechtsbeziehungen und an den Konflikten, die aus den rechtlichen «Ueberlagerungen» oder «Verflechtungen» resultieren können. Dasselbe gilt unseres Erachtens für den Apparat, den die vereinigten Vorsteher aller Kantone in aufopfernder Kleinarbeit errichtet haben.

## Schattenbund

Ergebnisse auszutauschen oder aber beim Vollzug der Bundesgesetzgebung einheitliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Die entsprechenden Vororte liegen, von Departement zu Departement verschieden, im ganzen Land verstreut. Die papiernen Produkte, die einzelnen Konferenzen entspringen, besitzen nur bedingt einen zwingenden Charakter. Zu wenig um Bund zu spielen, zu viel, um sich mit kantonalem Recht zu decken - sind wir daran, einen Schattenbund zu schaffen?

Die Kritik an diesem Schattenbund entbehrt wenigstens dort der Grundlage, wo der Ideen- und Datenaustausch im Vordergrund stehen. Mit Recht ist im Luzernischen Grossen Rat auf eine ausgreifende Zusammenarbeit in der Spitalplanung gedrängt worden und Regierungsrat Dr. Karl Kennel hat auch konsequenterweise auf die Absprache innerhalb der von ihm präsierten Sanitätsdirektorenkonferenz verwiesen.

Hingegen tauchen Zweifel auf, wo die interkantonalen Organisationen mit Normen um sich werfen, die dann in

den betroffenen kantonalen Verwaltungen umhergerissen, gerade gut genug, überfahrene Volksvertreter zum Interpellieren zu bewegen. In einer wachsenden Zahl gewichtiger Botensachen greift der Luzerner Regierungsrat Aussagen zurück, die diesem oder jenem Winkel des Schattenbundes, wie man ihn nennen mag, entspringen war.

Meistens bleibt dem Bürger der Zugang zu solcher Rechtsinformation verwehrt. Damit steht die Öffentlichkeit vor dem für Demokraten höchst unangenehmen Gefühl, dass irgendwo zwischen eidgenössischer und kantonalen Rechtssetzung ein Zwitterding von Entscheidungspraxis entstanden ist, das den Ueberblick erschwert. Hier treffen sich unsere Vorbehalte mit jener Kritik, die Barbara Schellenberg in ihrer lehrreichen Arbeit über die Organisation der Zweckverbände geäußert hat. Wohl hielt sie in ihrer rechtswissenschaftlichen Abhandlung den Zweckverband als «das vielseitigste öffentlich-rechtliche Instrument der interkommunalen Zusammenarbeit». Hingegen stösst sie sich an der beängstigenden Unüberschaubarkeit dieser interkommunalen Rechtsbeziehungen und an den Konflikten, die aus den rechtlichen «Ueberlagerungen» oder «Verflechtungen» resultieren können. Dasselbe gilt unseres Erachtens für den Apparat, den die vereinigten Vorsteher aller Kantone in aufopfernder Kleinarbeit errichtet haben.

Einem Liberalen muss es auf die Nerven gehen, zusehen zu müssen, wie die ursprüngliche Klarheit im rechtswissenschaftlichen Aufbau allmählich wieder in Brüche geht. Oder mit andern Worten: Es wäre wieder einmal ein Eugen Huber fällig, der die Enken und Enden des Schattenbundes systematisch ablichten würde.

Ronald Roggen